

Der KfW-Förderstopp war nur der Anfang – das ist die Subventions-Streichliste der Ampel

Welt, 30.01.2022, Michael Fabricius, Karsten Seibel, Philipp Vetter

https://www.welt.de/wirtschaft/plus236561527/Der-KfW-Foerderstopp-war-nur-der-Anfang-das-ist-die-Subventions-Streichliste-der-Ampel.html?sc_src=email_1692831&sc_lid=163994138&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_lid=5766&sc_cid=1692831&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21

Der abrupte Stopp der Gebäudesubventionen sorgt für Ärger bei Bauherren. Doch es dürfte nicht die letzte Förderung sein, die die Ampel streicht. WELT erklärt, welche Subventionen betroffen sind – und warum der Unmut vermeidbar wäre.

Robert Habeck gab sich am Mittwoch im Bundestag zerknirscht. „Für die Damen und Herren, die in der Hoffnung auf die Zuschläge jetzt Anträge gestellt haben, ist das eine wirklich bittere Nachricht“, sagte der grüne Wirtschaftsminister. Bei den Damen und Herren handelt es sich um 4000 Privatleute sowie 20.000 Vertreter von Wohnungsbauunternehmen, die Habecks Ministerium gerade mächtig verärgert hatte.

Von einem Tag auf den anderen war die Förderung des Baus klimafreundlicher Gebäude, die eigentlich bis Ende Januar laufen sollte, vorzeitig eingestellt worden. Die staatliche Förderbank KfW war schlicht überrannt worden. Schon eine Woche vor dem geplanten Ablaufdatum waren die Fördertöpfe nicht nur leer, sie waren um Milliarden überzogen.

Den Fehler, das Programm zu verlängern, sagt Habeck, habe noch die Vorgängerregierung gemacht. „Dass dieser Fehler jetzt abrupt so brutal korrigiert wurde, ist ärgerlich und soll sich auch nicht wiederholen“, versprach er. Aber wird der Minister diese Zusage halten können?

Auch wenn Habeck den Eindruck erweckt, es würde sich beim Ansturm auf die Bauförderung um einen einmaligen Vorgang handeln, stellt sich nicht erst seitdem die Frage, wie verlässlich die Förderpolitik ist. „Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume dadurch gewinnen, dass wir im Haushalt überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abbauen“, heißt es im Koalitionsvertrag. Doch dass es ausgerechnet sie trifft, hatten die Hausbauer nicht erwartet. Durch den Regierungswechsel kommen derzeit fast alle staatlichen Zuschüsse auf den Prüfstand.

Im Verkehrsministerium schaut man sich beispielsweise die Pläne für die Ladeinfrastruktur von Elektrofahrzeugen genau an. „Der Masterplan wird derzeit überarbeitet, deshalb kann man über die Fortsetzung der darin enthaltenen Förderprogramme derzeit noch nichts sagen“, sagt eine Sprecherin auf Anfrage. Voraussichtlich im Frühsommer soll ein „Masterplan 2.0“ vorliegen.

Ob darin dann noch einmal ein Zuschuss für den Einbau privater Ladestationen, sogenannter Wallboxen, enthalten sein wird, ist fraglich. Denn auch im Verkehrsministerium hat man im vergangenen Jahr schon erlebt, wie es sich anfühlt, wenn man von Förderanträgen überrollt wird. Zweimal musste die

Subventionssumme aufgestockt werden, doch im Oktober waren 800 Millionen Euro endgültig vergeben, das Programm wurde gestoppt.

Die E-Tankstellen für zu Hause sind für den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Fördermittelberater, Klaus Weiler, ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Mit 900 Euro förderte die KfW die Wallboxen. In vielen Fällen reichte dieser Betrag aus, sodass es die Ladestation gratis vom Staat gab, ohne dass die Bürger selbst investieren mussten.

Aus Weilers Sicht krankte das Programm vor allem daran, dass Antragsteller gar kein Elektrofahrzeug haben mussten. „Hier haben die Vorgaben den Praxistest nicht bestanden“, sagt er. Deshalb sei es so wichtig, Programme immer wieder infrage zu stellen. In Ministeriumskreisen heißt es inzwischen selbstkritisch, womöglich hätten die Autohersteller solche Wallboxen für ihre Kunden ohnehin bezahlt, wenn der Staat nicht eingesprungen wäre.

Eine solche Einsicht kommt oft zu spät. „Es gibt Förderprogramme, die werden immer wieder fortgeführt – auch dann noch, wenn der Grund für ihre Existenz eigentlich weggefallen ist“, sagt Weiler. Auch das bereits im Herbst beschlossene Ende der KfW-Förderung für das Energiehaus 55 gehört dazu. „Wenn von rund 150.000 Förderanträgen in 2020 die Zahl auf rund 280.000 in 2021 ansteigt, müsste klar sein, dass das Programm seinen Zweck erfüllt hat“, sagt Bernhard Daldrup, SPD-Sprecher im Bau-Ausschuss des Bundestages.

Ähnlich sieht das Michael Voigtländer, Ökonom und Immobilienexperte des IW Köln: „Der Wohnungsneubau ist ohnehin schon auf einem energetisch hohen Niveau. Insofern ist es angemessen, hier die staatliche Förderung zu hinterfragen.“

Weil Handwerker in vielen Regionen knapp sind, führe die Subvention zu steigenden Preisen, es komme zu Mitnahmeeffekten. Dennoch forderte die Unionsfraktion im Bundestag, den überraschenden kompletten KfW-Förderstopp von vergangener Woche sofort zurückzunehmen.

Im Wirtschafts- und Bauministerium will man hingegen „zeitnah“ ein neues Konzept für die Förderung des energiesparenden Bauens vorlegen. „Bei den bereits gestellten Anträgen auf KfW-Förderung muss es mindestens Härtefallregelungen geben“, sagt SPD-Politiker Daldrup. Auch für die privaten Antragsteller müsse es eine Lösung geben, sagt er, „mit der die Bauvorhaben umgesetzt werden können und nicht scheitern.“

Für viel Unmut hat der Stopp in jedem Fall bei den Betroffenen gesorgt. „Dem kann man entgehen, indem man die Anforderungen einzelner Förderprogramme fortlaufend auf den Prüfstand stellt“, sagt Förderexperte Weiler. Anträge, die bis zum Tag der Verschärfung eingereicht werden, würden nach den alten Bedingungen genehmigt, die neuen Anträge nach den verschärften. „Da kann sich niemand benachteiligt fühlen, entscheidend wäre der Tag, an dem der Antrag eingereicht wurde“, so Weiler.

Das Wirtschaftsministerium will Ende des Jahres auch das Auslaufen einer weiteren wichtigen Förderung einleiten: die Kaufprämie für Elektroautos. Bis dahin bekommen E-Autokäufer noch bis zu 9000 Euro, auch Hybridfahrzeuge werden bezuschusst.

Wie genau die Förderung ab 2023 weiterlaufen soll, ist noch unklar, doch so großzügig wie bisher will der Staat nicht mehr sein. „Wir richten die Förderung für E-Autos neu aus und gehen dabei bewusst schrittweise vor“, heißt es im Wirtschaftsministerium.

Vermeiden lassen dürfte sich ein Ansturm kurz vor der Reduzierung der Prämie wohl nicht. Schon jetzt steigt die Zahl der Anträge, was auch daran liegt, dass immer mehr Menschen sich für ein elektrisches Auto entscheiden. Während 2019 nur knapp 73.000 Anträge im gesamten Jahr gestellt wurden, sind es derzeit schon 40.000 bis 50.000 pro Monat.

Trotz der aktuellen Stopps und Überprüfungen herrscht kein Mangel an Subventionen, 1200 Programme gibt es laut Experte Weiler. Richtig aufgesetzt, profitierten am Ende die Wirtschaft und das jeweilige Förderziel. Zusätzlichen Schwung kann die Konjunktur gebrauchen, im letzten Quartal 2021 schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 0,7 Prozent. Allerdings erwartet die Regierung für dieses Jahr ein Wachstum von 3,6 Prozent.

Die Förderbegeisterung der Deutschen ist ausgerechnet dem grünen Wirtschaftsminister inzwischen nicht mehr geheuer. Man müsse bei seinem Konzept einer sozialökologischen Marktwirtschaft auch immer den zweiten Teil mitlesen: die Marktwirtschaft.

„Subventionen sind immer da geboten, wo Märkte nicht funktionieren, Subventionen sind die Ultima Ratio der Wirtschaftspolitik“, sagte Habeck diese Woche im Bundestag. „Deshalb muss man immer wieder überprüfen, wo Überförderung stattfindet.“ Die über Nacht enttäuschten 4000 Häuslebauer dürften nicht die letzten Bürger sein, die verunsichert werden von der Förderpolitik der neuen Regierung.